Globaler Irrsinn

Atomwaffen: „Die gefährlichste Missgeburt“, FR-Tagesthema vom 9.8.

Wie recht er doch hat, der Franz Alt! Jeder, der eine blasse Ahnung von der Zerstörungskraft der Atomwaffen hat, begreift das apokalyptische Ausmaß dieses globalen Irrsinns. Keiner dieser Menschen hat sich das gewünscht, und nur wenige vertrauen wohl wirklich ihren Politikern. Dennoch haben die freigewählten westlichen Demokratien mit ihren tonangebenden Werten einen bedeutenden Teil zu dieser Situation beigetragen. Wie ist das möglich?

Während die Groß- und Mittelmächte dieser Welt einander mit einem inzwischen auf das 14-tausendfache angewachsenen Overkill misstrauisch und kraftprotzend belauern und glauben, sie könnten sich so tatsächlich dauerhaft in Schach halten, spricht Franz Alt noch von einem „fernen Traum des Pazifismus“. Wird es da nicht Zeit, sofort über eine Realität des Pazifismus nachzudenken? Wie lange sollen wir noch träumen?

Seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts kursiert der Begriff vom „Gleichgewicht des Schreckens“, der, wie wir es jetzt wieder erleben, auf die Idee von einem Gleichgewicht der Waffen, nicht aber der Vernunft baut. Und die Weltgemeinschaft schließt sich da vielleicht zusammen und ruft zu einem gemeinsamen Kampf gegen Windmühlen auf. Ach, wenn es doch nur Windmühlen wären!

Werner Schieferstein, Frankfurt

Freiwillig Maske tragen

Gesetz für Corona-Winter: „Deutliche Lücken“, FR-Politik vom 10. August

Die Maskenpflicht ist mittlerweile weitestgehend abgeschafft, obwohl wir in der Sommerwelle stecken. Die meisten tragen keinen Mundschutz mehr. Weder im Laden noch im ÖPNV oder auf dem Stadtplatz. Ich kann das verstehen. Es ist nervig und anstrengend, Maske zu tragen, es nagt an den Kräften. Es ist schön, Freund*innen und der Kassiererin ins Gesicht zu sehen.

Aber Corona ist nicht vorbei und wir sollten aufhören, das Virus zu verharmlosen. Lauterbach sprach von einer Sommerwelle. Er hat recht. Long Covid ist ein schleichender Schrecken für jede Altersgruppe.

Die Maske dient dazu uns alle zu schützen. Sie reduziert das Risiko sich zu infizieren, andere anzustecken und Superspreading zu betreiben. Und so nervig es auch sein mag: Eine Maske tragen, um Long Covid aus dem Weg zu gehen und keine anderen Teilnehmer*innen des öffentlichen Lebens zu gefährden, ist das Mindeste, was wir tun können. Danke an alle, die weiterhin konsequent eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen.

Luca Barakat, Marquartstein

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220816

FR ERLEBEN

Lutz „Bronski“ Büges Theaterstück „Genetics“ wird in einer szenischen Lesung uraufgeführt. Der Autor ist dabei und beantwortet anschließend gern Fragen bei Brot und Wein. Das Stück hat den zweiten Platz im Wettbewerb „Theatermarkt 2022“ des Frankfurter Autorentheaters gewonnen.
Sonntag, 25. September, 18 Uhr Brotfabrik, Bachmannstr. 2-4, Frankfurt

Die Charaktere ähneln sich auffällig

RBB-Intendantin Schlesinger: „Menschlich enttäuscht“ und „Sendestörung“, FR-Feuilleton und -Meinung vom 11. August

Unmoralisches Kontrastprogramm

Als die damaligen Bundestagsabgeordneten Hans-Jochen Vogel (SPD) und Norbert Gansel (SPD) von den Bonner Verkehrsbetrieben Jahrestickets geschenkt bekamen, schickten sie diese zurück mit dem Hinweis, dass sie aufgrund ihrer Bezüge durchaus in der Lage seien, diese bei Bedarf selbst zu erwerben. Als OB von München fuhr Vogel mit der Straßenbahn zum Dienst, und Herr Gansel als OB von Kiel erreichte das Rathaus mit seinem privaten Peugeot 205. Vogel und Gansel sind wirkliche moralische Instanzen. Diese sind rar geworden.

Frau Schlesinger ist das Kontrastprogramm. Schnell mal 16 Prozent Gehaltserhöhung auf die über 300 000 Euro Jahresgehalt trotz Sparkurs, ein Luxusauto Audi A8 im Wert von über 145 000 Euro. Geschäftsessen wurden abgerechnet, die vielleicht eher privater Natur waren. Frau Schlesinger ist vom Stamme Nimm. Sie sollte sich für ihr Gebaren öffentlich entschuldigen.

Helmut Freudenthal, Kiel

Eine Quasi-Elite mit Selbstbedienungsmentalität

Jürgen Richter (AWO) und Patricia Schlesinger (RBB) waren Vorstände in gemeinnützigen bzw. öffentlich-rechtlichen Unternehmen. Beide zur sorgsamen und sparsamen Betriebsführung verpflichtet, haben sie wohl Selbstbedienung praktiziert und wurden dabei durch eine schläfrige Aufsicht auch noch unterstützt.

Diese Verwahrlosung der „guten Sitten“ ist durchaus nicht neu! Richtig begonnen hat sie hier bei uns mit der „Ehe im Himmel“ zwischen zwei Autokonzernen, Daimler und Chrysler 1998. Diese Ehe endete zehn Jahre später mit Milliardenverlusten für Daimler.

Das Einkommen des Vorstandsvorsitzen Jürgen Schrempp wurde „amerikanisiert“, d.h. vervielfacht. Seine Altersversorgung wurde durch Aktienoptionen kräftig aufgestockt. In unserer Wohnanlage könnten praktisch alle Familien davon leben, ohne sich um ihr geruhsames Alter sorgen zu müssen. Schön für Herrn Schrempp. Ein Desaster-Vorbild für einige Vorstände auch in öffentlichen Unternehmen. „Assos“ in Führungsetagen.

Bezeichnend auch das Bild der beiden Politiker Lindner und Merz in der FR vom 10. August. Beide von sich überzeugt, exzellente Wirtschaftskenner zu sein: Politologe der erste, Jurist der zweite. Ein Irrtum, wie letztens in einer Sendung des ZDF (Die Anstalt) zu sehen war. Beide wohlhabend bzw. reich geworden fast nur durch Reden und Reden. Aber ihr Credo: Austerität für alle - allerdings mit Ausnahmen für sie selbst und ihre Klientel.

Wir erleben: Der Neuvermählte gönnt sich eine Anreise mit eigens dafür gechartertem Jet nach Sylt, gefolgt von einer langen Sause mit Schwarztrauung. Der andere kommt - für ihn selbstverständlich – mit eigenem Aeroplan an, „ökologisch“ ausgerüstet mit zwei Dieselmotoren, wie man liest.

Können wir solchen Menschen vertrauen - ihnen sogar die Wirtschaftspolitik unseres Landes anvertrauen? Einer Quasi-Elite? Lieber nicht!

Rolfrüdiger Traub, Frankfurt

In Köln nennt man so was Klüngel

Die Überschrift des Artikels „Ein Interessenskonflikt?“ (FR vom 13.8.) endet mit einem Fragezeichen. Der NDR habe „Vorkehrungen zur Vermeidung eines Interessenkonflikts getroffen“, „die Aufsicht solle adäquat ausgestattet“ sein. Frau Maischberger, die für die ARD arbeitet, hat eine Produktionsfirma, was ihr gutes Recht ist. Diese Produktionsfirma arbeitet also mit NDR und BR zusammen. Spätestens da fängt es an, nach Vetternwirtschaft zu riechen. Noch mehr, wenn der Ehemann der verantwortlichen Programmbereichs-Chefin am Drehbuch mitarbeitet. Der WDR-Intendant Tom Buhrow hat die ARD-Geschäfte übernommen und will prüfen lassen. Buhrow kann es sich einfach machen. Er muss eigentlich nur aus einem Fenster seines Dienstsitzes sehen: Der WDR ist in Köln beheimatet. Da nennt man so was „Klüngel“.

Rüdiger Erdmann, Pattensen

Krieg bis zur vollständigen Erschöpfung

„Friedensfragen“: „Ist für Frieden mit Russland Demokratie notwendig?“, FR-Politik vom 9. August

Mit flotter Lippe und forschem Auftreten

Es reicht nicht, wenn Politiker*innen uns auf harte Zeiten einschwören wollen. Vielmehr ist es ihre Aufgabe – speziell die der Bundesregierung –, diese düstere Zukunft zu verhindern. Die Folgen der „Zeitenwende“ erfordern eine Politikwende – ohne Tabus und ohne Denkverbote. Die bisherigen Prämissen des Regierungshandelns müssen kritisch hinterfragt werden:

Der Blankoscheck für die ukrainische Regierung ist zurückzunehmen. Wir unterstützen die Ukraine nicht „solange sie es braucht“ bis zu „Friedens-Verhandlungen, die allein die ukrainische Regierung bestimmt“. Diese Aussagen sind zu ändern in: Gemäß des Amtseids der Regierung unterstützen wir die Ukraine, solange es den Menschen in Deutschland nicht schadet. Momentan schadet uns Bürger*innen die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik.

Es ist nicht einzusehen, wieso wir an Sanktionen festhalten und Gegenreaktionen wie Drosselung der russischen Gaslieferungen befürchten müssen, wenn z.B. Frankreich, Finnland, Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei ihre Atomkraftwerke nur durch Zusammenarbeit mit dem russischen Nuklearkonzern Rosatom betreiben können. Der ist von Sanktionen ausgeschlossen. Auch die USA beziehen von Rosatom schwach angereichertes Uran für ihre modernen kleinen Atomreaktoren. Und selbst die immer härtere Sanktionen fordernde ukrainische Regierung ist sich nicht zu schade, jährlich vom „Feind“ Gas-Durchleitungsgebühren in Milliardenhöhe zu kassieren. Gleichzeitig beinhaltet der von der EU-Boykott russischen Öls viele Ausnahmeregelungen. Ebenso wird das Einfrieren von russischen Vermögenswerten in den EU-Staaten sehr unterschiedlich gehandhabt.

Unsere Regierung begründet den Schaden, den sie uns zufügt, mit „Kampf um die Freiheit“ (Habeck im FR Interview am 16.6.). Allerdings: Die Freiheit unseres Staates ist nicht von Russland bedroht. Und die Berufung aufs Völkerrecht verbunden mit geschichtsvergessener Außenpolitik, eine flotte Lippe und forsches Auftreten mögen zwar viel Beifall erzeugen, aber leider bedeutet das nicht automatisch eine kluge Diplomatie für unser Land. Wie einseitigblind, scheinheilig und opportunistisch die sogenannte „westliche Wertepolitik“ betrieben wird, demonstrierte Präsident Biden mit seinem Besuch in Saudi-Arabien. Unsere Politik insgesamt muss sich angesichts der Folgeschäden für die deutsche Bevölkerung umorientieren!

Ute Vogell, Hofheim

Diese Politik opfert Tausende von Leben

Die Behauptung ist verstörend, dass ein Frieden in der Ukraine erst erreicht werden könne, wenn beide Seiten vom Krieg erschöpft sind. Es wäre zynisch, wenn die Regierenden keinen anderen Weg als diesen gehen und dabei wissentlich Tausende von Menschenleben opfern, ganz zu schweigen von den Kriegsfolgekosten für alle Volkswirtschaften. Es ist weder notwendig noch politisch verantwortlich, diesen Krieg bis zur vollständigen Erschöpfung mit aller damit verbundenen Zerstörung fortzusetzen. Politisch verantwortlich ist hingegen die Forderung der ukrainischen Friedensbewegung nach einem sofortigen Waffenstillstand und einer baldigen Verhandlungslösung.

Wenn es möglich war, Verhandlungslösungen mit den brutalen Terroristen der IRA in Nord-Irland und der FARC in Kolumbien zu erzielen, wird das auch mit Putin möglich sein. Die Analogien zwischen ihm und Hitler, wie zuvor in den Fällen Saddam Hussein Gaddafi, ändern nichts an dieser Tatsache.

Thomas C. Schwoerer, Neu-Isenburg